

Bergheim, 12. Juli 2007

Stellungnahme der Stadträte Kurt Büchel und Dieter Hunke

Kraftwerkserneuerungsprogramm

Manchmal reibt man sich verwundert die Augen. Kaum hat die örtliche Presse die Entscheidung des Regionalrates Köln vom 15.06.07 veröffentlicht, das Verfahren zur Änderung des Regionalplanes zum Bau weiterer BoA-Blöcke in Niederaußem nicht einzuleiten, hagelt es auch schon Kritik.

Dabei hat der Regionalrat RWE sehr deutlich an die Einhaltung seiner Versprechungen aus dem Jahr 2004 erinnert und beschlossen:



„1. Der Regionalrat lehnt zum jetzigen Zeitpunkt die Ausweitung der Flächen in Niederaußem für weitere Kraftwerke über die heutigen Flächen hinaus ab. Er lehnt es daher ebenfalls ab, die Änderung des Regionalplans zu diesem Zwecke einzuleiten, solange die Forderungen nach 2. + 3. nicht erfüllt sind.

2. Im Zusammenhang mit seiner Ablehnung und vor dem Hintergrund der aktuellen Klimadebatte bekräftigt der Regionalrat Köln seinen Beschluss vom 06. Februar 2004 zur Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms für die Verstromung von Braunkohle. Er erinnert an die wesentlichen Voraussetzungen für die Ausweisung neuer Standorte, um eine möglichst geringe Belastung der betroffenen Bevölkerung und einen größtmöglichen Umweltschutz zu erzielen:

- a. Die Einhaltung aller Zusagen von RWE an den Regionalrat Köln aus dem Jahr 2004
- b. Dezentralisierung der Kraftwerksstandorte
- c. Verbindlicher Zeitplan zur Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms an den einzelnen Standorten (Neubau, Stilllegung, Abriss)
- d. Reduzierte Kühlturmhöhe und deutliche Verringerung der Verschattung
- e. Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

3. Der Regionalrat Köln stellt zusätzlich fest: Konventionelle Braunkohlenkraftwerke haben im Vergleich zu allen anderen Kraftwerken den höchsten CO₂-Ausstoß. Mit dem Bau neuer Kraftwerke nach dem Kraftwerkserneuerungsprogramm muss perspektivisch eine deutliche absolute Reduktion der CO₂-Emissionen aus Braunkohlekraftwerken in NRW verbunden sein. Auch eine spätere Nachrüstung zur CO₂-Abscheidung muss möglich sein." (Entnommen aus: Presseinformation der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln, Ausgabe 27, Juni 2007)

Während CDU und Grüne die obigen Punkte vor Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Regionalplanes für die Errichtung weiterer BoA-Blöcke geklärt haben möchten, glauben SPD und FDP wie auch RWE alle noch offenen Fragen im Verfahren klären zu können.

Wir SPD-Ratsmitglieder begrüßen ausdrücklich die Entscheidung des Kölner Regionalrates und sprechen uns gegen die Errichtung von zwei neuen BoA-Blöcken auf einer neuen Fläche in Niederaußem aus.

Auch die Stellungnahmen von Klaus Lennartz, Guido van den Berg und Gabriele Frechen in der örtlichen Presse sind nicht im Interesse der Menschen, die im Umfeld der Kraftwerke wohnen. Geradezu zynisch wirkt für die Betroffenen die Formulierung im Antrag der SPD-Fraktion im Regionalrat: „Die Belastungen der Bevölkerung werden durch eine größtmögliche Minimierung des Flächenbedarfs und durch die architektonische und künstlerische Gestaltung der Baukörper auf ein Minimum reduziert. Das Unternehmen soll darstellen, wie durch eine künstlerische Gestaltung möglicherweise der Landschaftseingriff identitätsstiftend für die Bevölkerung gestaltet werden kann.“

Eine Zentralisierung von weiteren BoA-Blöcken in Niederaußem und Neurath ist für unsere Bürgerinnen und Bürger im Bergheimer Norden wegen erheblicher Luftverschmutzung, Lärm und Schattenbildung unzumutbar. Zur Zeit beträgt die Belastung der Bevölkerung und des Klimas durch die vorhandenen Niederaußemer Kraftwerke an CO₂-Emissionen bis zu 36 Millionen Tonnen im Jahr.

RWE hat heute schon die Möglichkeit, sowohl in Niederaußem als auch in Frimmersdorf, alte Kraftwerksblöcke abzureißen und auf den dann freien Flächen Neuanlagen zu errichten. Damit entfielen auch eine Änderung des Regionalplanes.

„Neu für Alt“ auf den bisherigen Industrieflächen ist der Schlüssel für die Akzeptanz einer langfristigen Braunkohleverstromung.

Da Feinstäube zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen können, sind im Bergheimer Norden bzw. im nördlichen Erftkreis regelmäßige Messungen der Schadstoffe durchzuführen. Auch sollte ein Krebsregister eingerichtet werden, um festzustellen, ob im Umfeld der Kraftwerke die Krebshäufigkeit höher ist als in Gebieten mit weniger Schadstoffbelastungen.